

Halle (Saale), Donnerstag, 22. April 2021

## Inakzeptabel: Zulassungsvoraussetzungen für die Prüfungen an den Sekundarschulen benachteiligen Kinder mit Migrationshintergrund

Die Überlegungen von Bildungsminister Marco Tullner (CDU) zementieren die Tatsache, dass Kinder in Sachsen-Anhalt auch weiterhin keine Chancengleichheit erwarten können. Zur Erinnerung: unser Bundesland belegte im INSM-Bildungsmonitor 2020 den letzten Platz und hatte sich damit verglichen zum Vorjahr noch deutlicher verschlechtert.

Die Maßnahme von Herrn Tullner schafft keinerlei Motivation für Schüler\*innen, ganz im Gegenteil: sie verschärft die Situation noch zusätzlich. Und das in Zeiten von Distanzunterricht, in der sich erwiesenermaßen die soziale Ungleichheit im Bildungserfolg bereits verstärkt hat. Kinder und Jugendliche in Sachsen-Anhalt können so ihre Potentiale nicht leben und die Sorge besteht, dass die bereits hohen Schulabbrecher\*innen-Quoten weiter steigen. "Mit solchem politischen Handeln wird sich die vergleichsweise hohe Bildungsarmut in unserem Bundesland, verbunden mit mangelnden Teilhabechancen, weiter fortsetzen und manifestieren" formuliert Mamad Mohamad, Geschäftsführer des LAMSA, dieses Dilemma.

Seit 2016 schaffte Marco Tullner alle Sprachförderkräfte an den Schulen im Land ab. Die Folge: die Schulen versinken aufgrund der fehlenden integrativen Maßnahmen für Kinder mit Migrationshintergrund zunehmend im Chaos. Im Kontext der Pandemie sind diese Schwächen nicht mehr aufzufangen, sondern verschlimmern sich von Tag zu Tag.

"Man muss sich der Frage stellen: will ich damit Schüler motivieren oder eher deprimieren? Sollte dieser Beschluss feststehen, dann bedeutet das nicht nur für unsere Schule blanken Horror. Reine Hauptschulklassen bringen gar nichts, weder für das Bildungsgeschehen in der Zukunft noch für die Kinder, die aktuell davon betroffen sind. Ich sehe nicht die geringsten positiven Effekte, für keine Seite." Kommentiert Schulleiterin Gabriele Herrmann (Ganztags-Gemeinschaftsschule "G.E. Lessing") dazu.

Sachsen-Anhalt ist darauf angewiesen, Menschen für den Arbeitsmarkt zu gewinnen. Erst in dieser Woche beschlossen die Landesregierung und die Unternehmen in Sachsen-Anhalt eine Erklärung zur Gewinnung ausländischer Fachkräfte und Auszubildender. Eine Erhöhung der Zulassungsvoraussetzungen für die Prüfungen an den Sekundarschulen kann nicht der richtige Weg dahin sein.

Sachsen-Anhalt braucht eine integrative und bedarfsorientierte Förderung aller Schüler\*innen sowie eine zukunftsfähige Ausstattung der Schulen und eine Abstellung des Lehrer\*innen-Mangels. Dafür müssen politische Lösungen gefunden werden, um eine weitere Teilung der Gesellschaft in den Schulen nicht weiter vorzubereiten.



## Über das LAMSA:

Das Landesnetzwerk (LAMSA) wurde im Jahr 2008 gegründet und vertritt seither die politischen, wirtschaftlichen und sozialen, sowie kulturellen Interessen der Menschen mit Migrationshintergrund auf Landesebene. Es versteht sich als deren Fürsprecher und steht gegenüber der Landesregierung, allen migrationspolitisch relevanten Verbänden, Institutionen und weiteren Migrantenorganisationen in anderen Bundesländern als Ansprechpartner zur Verfügung. Im März 2014 gründete LAMSA einen gemeinnützigen Verein. Derzeit sind 107 Organisationen und Einzelpersonen unterschiedlicher Herkunft, kultureller Prägung sowie religiöser Zugehörigkeit im LAMSA vertreten.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung.

## **Kontakt:**

Mamad Mohamad Geschäftsführer des LAMSA e.V.

Tel.: (0345) 171 94 051 | Mobil: 0176 444 089 69

E-Mail: mamad.mohamad@lamsa.de | Web: www.lamsa.de